

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Besprechungen der Redaction:  
Dienstag 10—12 Uhr.  
Donnerstag 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochenenden bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Zulassung: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louisenstraße, Rathenowstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Aufgabe 14,900.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Fracht 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 4gep. Courtpolis. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Adressänderung nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postwechsel.

No 18.

Donnerstag den 18. Januar 1877.

71. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Ministerial-Bekanntmachung vom 10. Februar 1870 wird hierdurch bekannt gemacht, daß der unterzeichnete Kirchenvorstand der **Neukirche** hier zur Zeit aus folgenden Mitgliedern besteht:

- 1) Herr Pastor Dr. Evers, Vorsitzender.
- 2) Dr. jur. Otto Günther, Stadtrath a. D., Stellvert. Vorsitzender.
- 3) Prof. Dr. F. C. Biedermann.
- 4) Uhrmacher Leopold Döring.
- 5) Justizrath Advocat N. W. Frenkel.
- 6) Fabrikant Thomas Hauser.
- 7) Banquier Julius Reil.

Leipzig, den 12. Januar 1877.

- 8) Herr Dr. med. Stadtr. C. F. Kollmann.
- 9) Archidiaconus Lic. Dr. S. Werbach.
- 10) Kaufmann Moritz Hübner.
- 11) Rm. C. S. Schmidt-Ehlmann.
- 12) Schuldirektor F. L. Schöne.
- 13) Schlossermeister Julius Schwarze jun.
- 14) Dr. jur. Advocat Julius Oscar Jenter.

Der Kirchenvorstand der Neukirche.  
Dr. Evers, Pastor.

## Wohnungen der Herren Geistlichen der Neukirche:

- 1) Herr Pastor Dr. Evers, Pfaffenstraße Nr. 5 parterre.
- 2) Archidiaconus Lic. Dr. Werbach, Neukirchhof Nr. 30, 1. Etage.
- 3) Diaconus Dr. König, Emilienstraße Nr. 30, 1. Etage.

## Rugholz-Auction.

Freitag den 26. Januar 1877 sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Burgau**, in der Nähe des Forsthauses und der Ehrenberger Wiesen, am kleinen See, ca. 39 eichene, 123 buchene, 2 maholberne, 43 rüsterne, 13 lindene, 26 erlene und 1 apfelbaumener **Kußflöße**, sowie 118 Stüd **Schirrhölzer** und 440 Stüd **Schirrhölzer**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reistbietenden verkauft werden.

**Zusammenkunft:** auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 1a in der Nähe des Forsthauses Burgau.  
Leipzig, am 8. Januar 1877.

## Des Rath's Forst-Deputation.

Leipzig, 17. Januar.

Man soll das Eisen schmieden, wenn es warm ist! Noch ist in allen Kreisen der Nation der Einbruch frisch und warm, den der Ausfall der Wahlen vom 10. Januar hervorgerufen; noch haßt in allen Gemüthern, die für Deutschland, für deutsche Bildung und geordnete Freiheit glühen, die Erschütterung wider, welche die Ueberzeugung von dem mächtigen Anwachsen der Socialdemokratie erregte. Es dämmert, es tagt. Eine ernste, opferreue, thatbereite Stimmung ist über das deutsche Bürgerthum gekommen. Hier laßt uns einsehen, um ein neues politisches Leben zu beginnen und ein neues Blatt in das Buch der deutschen Geschichte zu schreiben, schöner als alle vorangegangenen. Kommt herbei, ihr Alle, denen Kaiser und Reich noch nicht zur Phrase, denen das Vaterland und sein Geschick noch nicht zum Spielball kleinlicher Eitelkeit geworden, denen die Ordnung als die unentbehrliche Grundlage aller öffentlichen und privaten Thätigkeit, aller geistigen, politischen und socialen Fortschritte gilt, kommt und vereinigt euch, schaaft euch dicht zusammen, organisiert euch. Es ist keine Redensart, sondern fürchterlicher Ernst: das Reich und seine Ordnung, und mit ihr alle Errungenschaften unserer Cultur stehen auf dem Spiele. Wollt ihr die Gefahr bezwingen, so dürft ihr nicht warten, bis sie dicht über eurem Haupte steht; vorhanden müßt ihr und sie für immer verjagen, ehe sie festere Gestalt gewinnt. Darum geht sofort und herzhast an's Werk, laßt keine Minute verstreichen und verschleht nicht träge auf morgen, was ihr heute beginnen könnt. Schmiedet das Eisen, wenn es warm ist.

Es ist schwerer, ein Gut zu erhalten, als es zu erobren. Das ist eine alte Erfahrung, und darum seid nicht erstaunt und bestürzt darüber, daß sich jetzt so harte Schwierigkeiten dem Fortgange des so glücklich wiedererrungenen Vaterlandes entgegen werfen. Je höher und heiliger eine Sache ist, desto schwerer ist es, sie zu behaupten und rein zu bewahren im Kampf ums Dasein. Was aber steht uns höher und näher, als der Inbegriff der Güter, die wir Deutschland nennen? Und wenn wir das Vaterland nur erkreiten konnten durch das opferwillige Zusammenwirken aller Kräfte, mochten sie diesem oder jenem Stamme, dieser oder jener Richtung angehören, so bedürfen wir dieser einmüthigen Erhebung noch viel mehr im jetzigen Augenblicke, da es gilt, das Erstrittene innerlich zu festigen und für alle Zeiten zu sichern. Sorgen wir dafür, daß dieser große Augenblick nicht ein kleines Geschlecht in uns finde. Die Ehre Deutschlands, der Menschheit Würde ist in unsere Hand gegeben; wahren wir sie!

Was schadet es denn, wenn ein halb Dutzend Socialisten mehr im Reichstage sitzen? Werfen einige Ueberschlüge ein, und der Speckbürger, der sich nicht gern von seinem „lieben guten Kanapee“ aufschrecken läßt, nicht schmeizeln dazu. Seht ihr denn aber nicht das feste Wachsen dieser unheimlichen Fluth? Beklagt ihr nicht die Myriaden von Passanten, die schon jetzt davon ergriffen sind? Und wagt ihr nicht, daß, wenn nicht schleunigst mit ihrer Eindämmung vorgegangen wird, sie immer weiter und weiter greifen muß? Wenn dann in wiederum drei Jahren die ganze große Masse des beherrschten Volkes auf der Hochfluth dieser Bewegung ein-

berzichen wird, dann werdet ihr verzeihelt die Hände ringen, dann werdet ihr häftig zu Hammer und Spaten greifen, um den Alles verschlingenden Wellen zu wehren. Dann aber ist es zu spät; dann werden all die Heiligthümer, die ihr Conservativen conserviren wollt, und all die reizenden Stedenpferde, die ihr Fortschrittler so leidenschaftlich reitet, vor euren Augen zerfallen und jenseits den Strom hinabschwimmen. Der kluge Uferbewohner sorgt bei Zeiten für gute Dämme und verbindet sich mit dem Nachbar, selbst wenn er ihm sonst nicht gefällt, zu gemeinsamer Verschönerung der drohenden Roth.

So tretet denn zusammen, bildet einen Bund deutscher Männer gegen vaterlandslose Spießgesellen, einen Bund der Ordnung gegen den Unsturz, der Bildung gegen Rohheit und Barbarei. Berathet auch, was zu thun ist; greift das Werk zusammen, greift es von Grund aus an. Und vor Allem, was ihr auch thut, thut es rasch, thut es festlich und führt es rasch, unablässig, von ganzem Herzen und von ganzer Seele fort. Dann, aber auch nur dann werdet ihr Siege feiern, gegen die selbst der Glanz der Siege von 1870 und 71 verblaffen muß. Hoch Kaiser und Reich, hoch Freiheit und Gesetz, hoch Ordnung und Bildung!

Ueber die bevorstehenden Stichwahlen schreibt die „National. Corresp.“: Die Stichwahlen legen dem freisinnigen Bürgerthum die dringende Verpflichtung auf, seine ganze Kraft vor Allem zur Bekämpfung der unversöhnlichen Feinde unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zusammenzufassen. Bei den Wahlen vom 10. Januar hat sich auf liberaler Seite vielfach eine äußerst mangelhafte Organisation und infolge dessen eine große Vagheit der Wähler kundgegeben. Dagegen muß gründlich Abhilfe geschafft werden. Wo Dies nicht bereits geschehen ist, müssen jetzt ohne Zögern zahlreiche kleine Comités gebildet werden, deren Mitglieder bestimmte Reviere unter sich vertheilen und dann Haus für Haus die Wähler über die Bedeutung der Wahl aufklären bezw. sie zur Ausübung ihrer Bürgerpflicht aufmuntern. Außerdem kann nicht genug empfohlen werden, daß man die in neuerer Zeit erschienenen, in volksthümlicher Tone gehaltenen Schriften gegen die Socialdemokratie massenhaft verbreite. Wir machen in dieser Beziehung nochmals auf die bekannten nationalliberalen Flugblätter aufmerksam; dergleichen auf die bei Julius Springer in Berlin erschienene Broschüre „Die Socialdemokraten“, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen; endlich auf die nammehr in 7. Auflage vorliegende kleine Schrift „Ins Schwarzenland mit den Socialdemokraten!“ Die letztere, bei Haber in Magdeburg herausgegeben, ist neuerdings im Preise bedeutend ermäßigt; bei directem Bezug stellt sich derselbe für 50 Stüd auf 6 M., für 100 Stüd auf 11 M., für 200 Stüd auf 20 M., für 500 Stüd auf 45 M., für 1000 Stüd auf 80 M.

Das bisherige Ergebnis der Wahlen ist folgendes: Es sind von der Gesamtzahl der Reichstagsmandate — 397 — durch die Wahl am 10. Januar nur 327 definitiv vergeben, so daß also noch 70 Stichwahlen bevorstehen. Von den Gewählten gehören nach ihrer Parteistellung 31 zu der conservativen Partei (darunter drei in außerparlamentarischen Wahlkreisen), 32 zu der deutschen Reichspartei beziehungsweise den Freiconservativen,

5 (bisher keiner fraction beigetreten) stehen zwischen diesen und den Nationalliberalen; ferner 101 Nationalliberale, 9 von der Gruppe Löwe-Berger, 16 Fortschrittsmänner, 1 Demokrat, 3 hannoversche Particularisten, 1 Däne, 14 Polen, 15 Elsaß-Lothringer, wovon 7 Autonomisten, 3 Klerikale, 5 Protestler, 89 Klerikale und 10 Socialdemokraten. Die reichsfeindlichen Parteien haben 133 Mandate, die reichsfreundlichen deren 194. Bei den bevorstehenden Stichwahlen sind in mehr als 40 Wahlkreisen Candidaten der nationalliberalen Partei beigetreten; hessentlich wird es möglich sein, in der Mehrzahl derselben die bestrittenen Mandate noch zu gewinnen, sodaß also etwa 130 bis 135 Nationalliberale in den Reichstag eintreten. In der abgelaufenen Legislaturperiode besaß die nationalliberale Partei 149 Mandate, sie hat also auf alle Fälle bei den letzten Wahlen eine erhebliche Einbuße erlitten. Die Conservativen haben schon jetzt einen definitiven Gewinn von 10 Sitzen, die deutsche Reichspartei wech ihren bisherigen Besitzstand bereits in Sicherheit. Die Fortschrittspartei, die bisher über 36 Mandate verfügte, wird wenig mehr als die Hälfte derselben festhalten können. Das Centrum, das bisher einschließlich 5 Hannoveraner 97 Mandate hatte, hat ohne die Stichwahlen deren jetzt 92 einschließlich der drei gewählten hannoverschen Particularisten, es wird also seinen bisherigen Besitzstand zum Mindesten aufrecht erhalten. Die Zahl der Polen ist unverändert, die Socialdemokraten endlich werden einige Sitze mehr erhalten, als das vorige Mal, wenn ihnen nicht noch bei den Stichwahlen eine unerwartete Ernte in den Schoos fällt. Daß die bevorstehenden engeren Wahlen bei dieser Sachlage Veranlassung zu den lebhaftesten Kämpfen bieten müssen, liegt auf der Hand.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. Januar.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Durch die auswärtige Presse gehen in neuerer Zeit Gerüchte über eine angebliche Sonderstellung, welche Deutschland auf der Conferenz eingenommen habe oder einnehmen wolle. Der Ursprung solcher Gerüchte ist vornehmlich auf die „Agence Havas“ zurückzuführen. In allen diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Deutschland vertritt jetzt eben so wenig wie früher directe politische Interessen in Konstantinopel und hat nicht mehr, ehe weniger Grund, als die anderen Mächte, auf Beschleunigung der schwebenden Verhandlungen zu dringen oder Forderungen aufzustellen, welche über das Maß der von den übrigen Mächten festgehaltenen hinausgingen. Der deutsche Vertreter bei der Conferenz hat nach wie vor den Auftrag, sich allen Schritten seiner Collegen anzuschließen und, falls die Worte auf ihrer Ablehnung der gemeinsamen Forderungen beharren sollte, mit anderen Vorkämpfern Konstantinopel zu verlassen. Sein Verhalten hat thatsächlich genau diesem Auftrage entsprochen, und die entgegengelegten, vorzugsweise aus französischen Quellen flammenden Nachrichten beruhen auf tendenziösen Lügen.“

Die „Berliner Vörsenzeitung“ schreibt: Das Gerücht, daß Feldmarschall von Mansteuffel nun dennoch in russische Dienste übertreten werde, tritt heute in so bestimmter Form auf, daß es wenigstens einer erneuten Erwähnung bedarf. Die Details, welche in Verbindung damit erzählt werden, lassen wenigstens annehmen, daß das Gerücht dießmal von kundiger Seite her stammt. — Wir theilen diese seltsame Sensationsnotiz mit, ohne irgendwelchen Werth auf die „kundigen“ Quellen des Verhöreten zu legen.

Die „Pommer Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes Schreiben aus dem Cabinet des Kaisers an den altkatholischen Bischof Dr. J. F. Reintens dorfels: „Hochwürdigster Herr Bischof! Die mit in dem Schreiben vom 30. v. M. ausgedrückten Wünsche zu dem zweifachen Anlasse des Jahreswechsels und der Vollendung einer lebenslänglichen Laufbahn haben mir zu großer Befriedigung gereicht. Nicht ohne tiefe Bewunderung blicke ich auf die reiche Geschichte zurück, welche sich in dem Leben dieser sieben Jahrzehnte vollzogen hat. Wenn ich dazu beigetragen habe, den Gang derselben zu einem für die Nation ersprießlichen Ziele hinauszuführen, so danke ich gern, daß ich den Erfolg der besonderen Gnade zu verdanken habe, welche mir von der göttlichen Vorsehung in wunderbarer Weise zu Theil geworden ist. Möge der Herr dießselbe mir auch in den Bemühungen schenken, dem Vaterlande nunmehr eine lange Zeit friedlicher innerer Entwicklung zu sichern. Sie, Herr Bischof, bitte ich, diesen meinen Wunsch durch Ihre Gebete zu unterstützen.“  
Berlin, den 6. Januar 1877.

(gez.) Wilhelm.  
Ueber die Präsidentenwahl im preussischen Abgeordnetenhaus werden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Betrachtungen angestellt, welche für den anfangenden

Beobachter der parlamentarischen Vorgänge schlechterdings unverständlich sind. Zum Mindesten wird in denselben der Präsidentenwahl eine Bedeutung beigelegt, welche sie gar nicht hat. Bisher ist es in unseren parlamentarischen Körperschaften Gebrauch gewesen, die größeren Parteien nach Maßgabe ihrer Zahlensstärke am Präsidium zu betheiligen. Wenn man gegenüber der Centrumpartei von dieser Regel abgewichen ist, so geschah es in der Erwägung, daß diese Partei als eine politische und demnach als eine in der Volkvertretung berechnete überhaupt nicht anzusehen ist. Man mag über die Fortschrittspartei urtheilen wie man will, jedenfalls kann nicht auch sie unter den Gesichtspunct dieser Erwägung fallen. Es muß daher einigermaßen befremden, wenn die „N. A. Z.“ behauptet, man habe allgemein erwartet, es werde der Fortschrittspartei eine Stelle im Präsidium des Abgeordnetenhauses nicht wieder zugestanden werden. Erwartet konnte dies nur, wer mit der bisherigen Uebung gar nicht vertraut war. Wenn man gemeint hat, daß die Nationalliberalen, eingedenk der unerhörten Angriffe, welche von fortschrittlicher Seite bei den Reichstagswahlen gegen sie gerichtet worden, die Fortschrittspartei nunmehr vom Präsidium ausschließen würden, so hat man ihnen damit einfach eine fractionirancune angeeignet, deren eine große und befremdende politische Partei sich niemals schuldig machen wird. Daß die Nationalliberalen verlangen konnten und verlangen mußten, war, daß die Fortschrittspartei fern von denjenigen ihrer Mitglieder für die 1. Vicepräsidentenstelle präferirte, welche den Krieg aus Anlaß des Justizgesetzbuchprojesses angeführt und die ganze Zeit her geleitet haben. Da die Fortschrittspartei sich dieser Bedingung unterwarf, so war kein Grund vorhanden, sie nicht, wie bisher, in der 1. Vicepräsidentenstelle zu belassen. Eine Vermischung der sachlichen Divergenzen, welche besonders neuerdings zwischen der Politik der nationalliberalen Partei und derjenigen der Fortschrittspartei hervorgetreten sind, ist damit weder beabsichtigt, noch thatsächlich bewirkt worden; diese Frage wird durch die Präsidentenwahl überhaupt nicht berührt. Ebenso wenig, wie man der Centrumpartei nachsagen wird, daß sie die nationalliberale Politik billige, wenn sie dem Abgeordneten v. Bennigsen ihre Stimme für die Präsidentenwahl giebt, ebensowenig kann man den Nationalliberalen, wie dies in der „N. A. Z.“ geschieht, unterlegen, daß sie mit der Wahl des Abg. Klotz zum 1. Vicepräsidenten den von der Fortschrittspartei gegenüber den Reichstagsmitgliedern eingenommenen Standpunct gutgeheißen habe. — Noch unverständlicher fast, als die Ausführungen der „N. A. Z.“, ist ein Artikel der „Post“ über die Präsidentenwahl. Derselbe sucht zu beweisen, daß die nationalliberale Partei sich einer Kränkung der Freiconservativen schuldig gemacht habe, indem sie denselben statt der zweiten Vicepräsidentenstelle nicht die erste zugestand. Dem gegenüber ist wiederum an die bisherige Uebung zu erinnern, nach welcher die numerische Stärke der Parteien auch für die Reihenfolge der Vertretung derselben im Präsidium maßgebend war, zu erinnern. Die Fortschrittspartei zählt eben 65, die freiconservative Partei nur einige 30 Mitglieder — das ist eine Thatsache, deren Gewicht durch alle anderen Beweisgründe nicht zu besitzigen ist.

Die Darlegung der Finanzlage des preussischen Staates, welche der Finanzminister Camphausen gestern in herkömmlicher Weise an die Einbringung des Etats für 1877/78 knüpfte, war weniger überraschend und glänzend, als in früheren Jahren, nichts desto weniger aber geeignet, unter den obwaltenden Verhältnissen vollaus zu befriedigen. Zunächst das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Jahres betrachtend, erinnerte der Minister an die unglücklichen Einwirkungen, unter welchen dasselbe gestanden, die andauernde wirtschaftliche Krise, den hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ausfall der Ernte, die durch die orientalische Verwidelung hervorgerufene Unsicherheit. Nichts desto weniger hat das Jahr 1876 nicht zu einem Deficit geführt, es schließt vielmehr mit einem, wenn auch mäßigen, Ueberschuß ab.

Aus Berlin wird gemeldet: Die großartigen Erfolge der socialdemokratischen Agitation scheinen unsere behäbigen Weißbier-Philister mit einem Male aus dem Schlummer gerüttelt zu haben, wenigstens spricht hierfür die überraschend rege Theilnahme, welche eine zu Montag Abend nach dem Cafe Karlsbad berufene Versammlung von Mitgliedern der Fortschrittspartei des zweiten Wahlkreises zum Zweck der Beratungen für die bevorstehenden Stichwahlen gefunden hat. Der an sich allerdings nicht übergroße Saal war bis auf den letzten Mann gefüllt, und es mußten noch Hunderte und aber Hunderte weggehen, ohne an der Versammlung Theil nehmen zu können. Allseitig wurde von den Rednern Abgeordnete Rüdke, Dunder, Eberth u. die Rothweibigkeit